



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von einem Elsässer: Elsaß-lothringische Fragen : 1. Die "Republikanische Volkspartei".

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Elfaß-lothringische Fragen.

Von einem Elsäßer.

1. Die „Republikanische Volkspartei“.

Es geschieht nicht ohne Gefühle der Trauer und der Scham, wenn man die Entwicklung der katholischen Politik im Elfaß der Nachkriegszeit sich und andern vor Augen zu stellen sucht. Wieviel Kleines, Erbärmliches hier zutage tritt und von welch verhängnisreichen Folgen das an sich so Unbedeutende und Häßliche gewesen ist, davon läßt sich nur schwer ein Bild gewinnen. Die katholischen Priester sind, aus Mangel an Mut und persönlicher Eitelkeit oder aus Verblendung und Haß, die Totengräber der „elsässischen Eigenart“ geworden, für die gerade sie so unentwegt zu kämpfen vorgaben.

Als im Spätherbst 1918 die Frage der Volksabstimmung laut wurde, hat man sich in katholisch-politischen Kreisen mit Hohn darüber ausgelassen, war aber taktisch geschickt genug, im Presskampf gegen das Plebiszit dem „Sozialisten“ und aus der Levante stammenden „Urselsäßer“ Speirotos alias Peirotos die Vorhand zu lassen, der die Neutralisten als „Nicht-elsäßer“ zu verdächtigen mußte. Und doch sagte sich damals jedermann, daß im Falle der — eventuellen — neutralen Lösung des — eventuellen — Plebiszits die Katholiken als stärkste und geschlossenste politische Partei jedes Heft in der Hand gehabt und ihren notorischen Herrscherwillen in fast unbeschränkter Weise hätten zur Geltung bringen können. Ein neutrales Elfaß wäre ein klerikales Elfaß geworden. Trotzdem jene prinzipielle Abneigung gegen jede Volksabstimmung?

Es gibt zwei Gründe dafür, einen uneingestandenen und einen eingestandenen. Jener ist von beiden der ausschlaggebende. Es mußte — voraussichtlich — den Führern des elsässischen Klerikalismus mehr persönliche Ehre einbringen, in Paris als Députés eine Rolle zu spielen, als für sie im kleinen, von allen Seiten gedrückten Pufferstädtchen Elfaß-lothringischen Zentrums nach wie vor die seiner F ü h r e r ist, ein Moment, das nie übersehen werden darf, wenn man diese Politik genügend verstehen und würdigen will, — so haben die Katholiken es gerade ihren Führern zu danken, daß sie nun für die Dauer der verflossenen und kommenden Jahre nationalistisch-französisch festgelegt sind. Der zweite Grund wird am besten einleuchtend, wenn wir ein konkretes Vorkommnis in der Parteigeschichte der letzten Vergangenheit erläuternd festlegen. Der Fall wird, uns Enge gebracht, wertvolle Rück- und Vorschlässe auf die treibenden Kräfte der heutigen Parteibestrebungen zulassen. Er wird daher etwas genauer beleuchtet werden müssen.

Im Spätherbst 1921 hatte bekanntlich, bei Gelegenheit einer öffentlichen Tagung, ein Pfarrer die Dreistigkeit, katholischen Parteiführern Käuflichkeit im französischen Sinne vorzuwerfen. Selbstverständlich mußte er widerrufen, während der Parteivorsitzende, Herr Dr. Psleger, vom Präsidium zurücktrat, — um bald danach den Vorsitz nach einer höchst aufschlußreichen pro domo gehaltenen Programmrede wieder zu übernehmen. Es ist von Interesse, einerseits die Resolutionen des klerikalen Delegiertentages anläßlich jenes (Grafenstadener) Vorkommnisses, andererseits die

bei nächster Gelegenheit folgende Rede des Parteivorstehenden Dr. Pfleger möglichst vollständig zum Abdruck zu bringen.

I. Resolutionen vom 30. Oktober 1921.

1. Betr. den Zwischenfall: Der Delegiertentag nimmt Kenntnis von der Erklärung des Delegierten des Kantons Geispolzheim und stellt fest, daß die in Grafenstaden von einem Diskussionsredner geäußerten Worte nicht so gefallen sind, wie sie in der Presse zum Teil wiedergegeben wurden.

Der Delegiertentag nimmt ferner Kenntnis von der Erklärung des Herrn Pfarrers von Grafenstaden, daß er mit seinen Ausführungen keinen der anwesenden Parlamentarier verletzen wollte, und daß er, da die Worte als beleidigend empfunden wurden, diese mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns zurücknimmt.

2. Betr. die Lage im Elsaß.

„Die Elsässische Republikanische Volkspartei hat von Anfang ihrer Gründung an die Wiederangliederung von Elsaß und Lothringen an Frankreich mit Freuden begrüßt, und in ihrem Programm unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß sie als französisch-nationale Partei alle Bestandteile unserer Bevölkerung . . . in Eintracht zusammenfassen will. . .

„Durch die Rückkehr zu Frankreich ist unserem Heimatlande die hehre Aufgabe erwachsen, zum Wiederaufbau und zur glücklichen Weiterentwicklung des großen Vaterlandes mit allen ihm eigenen Kräften beizutragen. . . . Die Republikanische Volkspartei fordert . . . eine Dezentralisation des gesamten Verwaltungsapparates nach den Grundsätzen eines gesunden Regionalismus, der allein geeignet ist, die verschiedenen Regionen durch Wahrung ihrer Volkseigenart in Sitten, Gebräuchen und Einrichtungen zum Höchstmaß fruchtbringender Tätigkeit auf allen Gebieten anzuspornen.

Eine politische Autonomie lehnt die Partei ab, auch für Elsaß und Lothringen, das für alle Zukunft ein integrierender Bestandteil des großen, einigen und unteilbaren Vaterlandes sein und bleiben soll. . .

Die Republikanische Volkspartei ist sich bewußt, daß die schwierige Aufgabe einer reibungslosen Einordnung unseres Heimatlandes in das System der französischen Republik nur gelöst werden kann von einer Verwaltungsinstanz, welche die Richtlinien ihrer Tätigkeit der genauen Kenntnis unseres Landes, sowie seiner Wünsche und Interessen selbst entnimmt. Die Partei fordert deshalb mit allem Nachdruck die Aufrechterhaltung des Generalkommissariats und Conseil Consultatif, der beiden Institutionen, die allein unserem Volke im Lande selbst für die Uebergangszeit einen maßgebenden Einfluß sichern. Sie mißbilligt aufs schärfste das Vorgehen der Regierung in Paris und der Finanzkommission in der Kammer, das darauf abzielt, einen durch das Gesetz vom 17. Oktober 1919 über das Uebergangsregime in Elsaß und Lothringen sanktionierten legalen Zustand auf rein budgetärem Wege zu beseitigen (folgen Unterlagen!).

Die Republikanische Volkspartei protestiert aufs schärfste gegen die Haltung einzelner Personen und gewisser Parteien, die, sei es aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, sei es aus antikirchlichen Motiven heraus, nicht davor zurückschrecken, die Beseitigung der Instanzen und Institutionen zu verlangen, welche die glückliche Durchführung der Eingliederung des Landes in die französische Republik garantieren. Sie brandmarkt vor allem die von gegnerischen Parteien in diesem Zusammenhang entfachte antiklerikale Heße und stellt fest, daß keine Verwaltungsreform, der das nationale Interesse in den befreiten

Provinzen über alles geht, es wagen könnte, der Mehrheit des elsässischen und lothringischen Volkes angesichts eines auf der Lauer stehenden Deutschlands einen religiösen Kampf aufzuzwingen, der das große Vaterland in jahrelangen Kämpfen zerrissen und am Vorabend des großen Krieges seine besten Kräfte geschwächt hat. . . .“

Der Schwerpunkt dieser Resolution liegt natürlich in dem zitierten Schlußstück, während in den ersten Teilen mehr die egoistischen Tendenzen der Parteiführer zum Ausdruck gekommen sind.

Für die Wichtigkeit der *Pflegerschen Rede* wird es sprechen, daß der Delegiertentag, in dem sie gehalten wurde, nicht am gewohnten Orte, sondern in einem Straßburger Hotel stattfand, zu der kein Gast ohne schriftliche Erlaubnis der Parteileitung Zutritt hatte. Besuche waren an das Generalsekretariat zu richten. Am Saaleingang wurde strengste Kontrolle ausgeübt. . . .

Député Dr. Pfleger führte folgendes aus:

„Meine Herren! Sie haben alle das Empfinden, daß seit dem Gründungstag unserer Partei kein wichtigerer Tag im Parteileben zu verzeichnen war, als der heutige. Sie haben die Geschichte meiner Demission gehört. Ich komme heute als Präsident des Nationalvereins Winzenheim, um Ihnen persönlich meinen Standpunkt darzulegen.

Weil ich mir bewußt bin, wie wichtig der heutige Tag ist, habe ich mein Referat schriftlich niedergelegt, um jedes Wort verantworten zu können. Ich gehe nicht näher ein auf die Grafenstadener Resolution, welche den Anlaß zur Krise gegeben hat. Die Äußerung in der Versammlung von Grafenstaden, der Zwischenfall auf dem Delegiertentag, das alles sind Symptome von einer Krankheit, die die Partei seit einiger Zeit befallen hat. Eine Krankheit, die die Partei zugrunde richten würde, wenn nicht eine offene Aussprache über alles, was zu dem Unbehagen die Veranlassung gibt, erfolgen wird. Wenn wir heute auseinandergehen, müssen wir uns durch unsere persönlichen Auseinandersetzungen klar sein, ob wir uns am Schluß friedlich die Hand reichen können, und wir weiter miteinander kämpfen wollen zur Erreichung der Ziele unseres Programms, oder ob ein derartiger Widerspruch zwischen uns existiert, daß dies unmöglich sein wird. Wenn wir auseinandergehen, müssen wir soweit sein, daß wir über das Grundprinzip unseres Programms einig sind, daß wir sagen können, wir sind eine einzige Partei, „ein einzig Volk von Brüdern“. Wenn aber dies nicht möglich wird, dann ist es besser, wir trennen uns, und jeder übernimmt die Verantwortung. So kann es nicht weitergehen. Diskussionen sind immer notwendig, aber die Diskussion kann mit Maß geführt werden, und besonders darf eine gewisse Grenze nicht überschritten werden. Die Diskussionen, die in letzter Zeit geführt wurden, haben einen derartig leidenschaftlichen Charakter angenommen, daß man sich nicht mehr unter Parteimitgliedern glaubte, sondern in irgendeiner Volksversammlung der gefährlichsten Gegner. Viele unserer Freunde sind dadurch zurückgestoßen worden, ihre persönliche Würde war verletzt, und öfters mußte ich hören, wie man sagte: In eine solche Versammlung gehen wir nicht mehr. Alles dies muß gesagt werden, damit eine klare Lage geschaffen wird, damit wir wissen in Zukunft, wo wir daran sind. Wenn es in einer sozialistischen Versammlung böß hergeht, ist es für uns noch lange kein Grund, daß wir dasselbe machen. Wir sind eine Partei für Ordnung und Anstand. . . . Als die U.P.R. gegründet wurde unter dem Jubel aller, die beigezogen haben, war sie gedacht als eine politische Partei,

auf demokratisch-republikanischer Grundlage. . . Als politische Partei soll sie über der Konfession stehen. Sie soll keine einheitlich konfessionelle Partei sein. . . Vor allem war sie als patriotisch-französische Partei gedacht ohne Unterschied der Herkunft. Sie sollte mithelfen, den Uebergang vom deutschen in das französische System zu vollziehen. Dazu gehört die Achtung unserer Traditionen, Sitten, Gebräuche, unserer religiösen Institutionen, mit einem Wort: unsere Eigenart. . . Unser regionalistisches Programm, das wir aufgestellt haben, sollte nicht allein für uns sein, sondern für ganz Frankreich, das denselben Ziele dienen soll, und es ist uns nie in den Sinn gekommen, damit einer neutralistischen Idee zu huldigen. Das ist das Programm, auf Grund dessen ich die Präsidentschaft angenommen habe. Aber leider hat die Entwicklung meinen Erwartungen nicht entsprochen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind die Innerfranzosen unserer Partei ferngeblieben, einzig nur deshalb, weil in gewissen Kreisen unser regionalistisches Programm derartige Formen angenommen hat, daß es in Frankreich mit Mißtrauen und Unwillen aufgenommen worden ist. Dazu kommen gewisse unglückliche Äußerungen, die dazu beigetragen haben, daß der Graben, welcher die beiden Bevölkerungen unseres Landes trennt, immer größer geworden ist und die Entfremdung zunahm. Wenn wir nicht in den Zustand von vor dem Kriege fallen wollen, ist es nötig, daß gebremst wird, denn dieser Zustand darf nicht wiederkommen, 1. im Interesse unseres elsässischen Volkes und 2. im Interesse des Weltfriedens. Vor dem Krieg war unser Volk ohne Vaterland. Im Jahre 1870 wurden wir von Frankreich losgerissen, und das Vaterland wurde uns geraubt. Von 1870 ab hatten wir kein Vaterland mehr, sondern nur noch ein Heimatland. Je länger der preußische Druck auf unserem Lande gelegen, desto mehr hat sich der Elsässer zurückgezogen. Im Kampf gegen die preußische Regierung haben wir den Partikularismus als Kampfmittel gebraucht. Unsere Pflicht ist es, das Volk wieder aus dieser Situation herauszubringen. Denn so notwendig das Kampfmittel war damals, als wir gegen die Preußen ankämpfen mußten; als wir die Germanisation verhindern wollten durch den Partikularismus, so gefährlich wäre es jetzt, wenn wir uns wieder in dieselbe Lage hineintreiben ließen. . . Das Schlimmste wäre, wenn das Volk wieder in dieselbe Oppositionsstellung treten würde, nachdem das französische Vaterland wiedergefunden ist; wenn das Volk sich wieder als Fremdling fühlen würde wie vorher, und deshalb ist es das größte politische Werk, unser Volk dazu zu erziehen, über die partikularistische Idee das nationale Empfinden zu stellen. Die Tragik unseres Grenzlandes besteht darin, daß alle diejenigen, welche nicht recht wissen, wo sie hingehören, hin- und herpendeln. . . Wir müssen den Deutschen, die alles mit Argusaugen betrachten, was im Elsaß vorgeht, jede Illusion nehmen und uns nicht den Anschein geben, als würden wir nicht auf französischem Boden stehen. . . Wenn wir so auf nationalem Boden stehen, können wir unsere Rechte auch verteidigen. Wir halten fest an unseren Einrichtungen, wozu in erster Linie das Konkordat und die konfessionelle Schule gehört. Wenn wir den Völkerbund anrufen, werden wir doch nicht schneller zum Ziel kommen. Wenn wir den Namen unserer Partei ändern, haben wir mit unserer Politik mehr Erfolg im Parlament. Zu dem Moment, wo man uns den Vorwurf machen kann, daß

wir die konfessionellen Interessen höher stellen als die patriotischen, sind wir verloren. Die letzten Ereignisse in unserer Partei haben ihre Schatten geworfen im Parlament. Das Elsaß kann sehr viel dazu beitragen, daß die religiösen Probleme in Frankreich friedlich gelöst werden.

Viele Franzosen erwarten Hilfe von uns in dieser Beziehung; wir können ihnen die Hilfe aber nur bringen, wenn man uns nicht Mangel an Patriotismus vorwerfen kann...

In gewissen Kreisen des Landes besteht ein großes Mißtrauen gegen alles, was von Frankreich kommt, und wenn ich von Mißtrauen spreche, ist es ein Ausdruck, der sehr gemäßigt ist. Sogar innerhalb unserer Partei besteht ein großes Mißtrauen gegenüber gewissen Parlamentariern. Der Zustand ist außerordentlich peinlich, weil er zu einer Katastrophe führen muß und uns entfremdet... Die Regierung hat zweifellos große Fehler gemacht. Das muß jeder Mensch erkennen. Die Fehler müssen kritisiert werden, bis wir Genugtuung erhalten haben... Aber stets und ständig unser Volk nur auf die Schattenseiten aufmerksam zu machen, ist eine gehässige Politik. Der Moment kommt, wo die Presse die aufgeregte Bevölkerung nicht mehr zufriedenstellen kann, dann ist der Fall da, wo ein großer Teil in das revolutionäre Lager hinübertreten wird, weil da im Verhältnis doch noch mehr geschimpft wird als bei uns... Die Kritik hat in energischer Weise zu geschehen, aber in höflicher Form, denn mit dem Schimpfen kommt man bei den Franzosen nicht weit. Das ist der Unterschied zwischen den Deutschen und Franzosen... Man muß sich unwillkürlich fragen, wenn man unsere Presse liest, sind wir denn noch französisch oder schon wieder deutsch?... Bisher führte die Presse die Partei, von heute ab muß die Partei die Presse führen. Das sind meine Erwägungen, wenn ich das Präsidium wieder übernehmen soll..."

Herr Dr. Pfleger übernahm wieder das Präsidium, nachdem die „Liebe zu Frankreich“ durch eine Resolution erneut festgelegt und eine straffere Kontrolle der Parteipresse garantiert worden war. Die Vertreter der — erheblichen — Minorität (69 gegen 82 Stimmen) versprachen Parteidisziplin zu halten. Dieses Versprechen wurde als „erfreulichster Erfolg der Tagung“ besonders erwähnt.

Wer das Gebaren der elsässischen Priester im Spätherbst 1918 beobachten konnte, der wird heute, angesichts der tief einschneidenden Stimmungsunterschiede bei der stärksten und bestgeleiteten elsässischen Partei — so wie wir uns auf Grund eines gedruckten Berichtes von dem Parteivorstand selbst ein Bild davon vermitteln ließen — eine gelinde Befürchtung hinsichtlich der Tragfähigkeit des jetzigen politischen und staatlichen Zustandes im Lande nicht los.

Der Ursachenbegriff und seine neuesten Gegner.

Von Dr. med. Heinr. Böing (Warstade).

„Crux metaphysicorum“ nannte Hume den Begriff der Ursache und das ist er geblieben, trotz der Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft, bis auf den heutigen Tag; ja, die Schwierigkeiten, ihm beizukommen, scheinen neuerdings so gestiegen oder wenigstens vielen Natur-